

Stellungnahme zum öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 26.06.24 zum Thema „Antisemitismus an Bildungs- und Forschungseinrichtungen bekämpfen“

Berlin, 25. Juni 2024

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung
Ausschussdrucksache
20(18)248a
25.06.2024

Wir, eine Gruppe jüdischer Akademiker*innen und Studierenden, die eine Vielfalt politischer Positionen zu Israel verbindet, begrüßen sehr, dass der Bildungsausschuss ein fachliches Gespräch zu diesem wichtigen und für uns besonders relevanten Thema führt. **Umso überraschter sind wir über die Auswahl der Sprecher*innen, die** zwar in zwei Fällen durchaus wissenschaftliche Expertise in diesem Bereich haben, jedoch **nicht die unseres Erachtens notwendige Pluralität jüdischer Positionen und Erfahrungen in Bildungsinstitutionen zum Ausdruck bringen.**

In einem Interview mit der *Zeit* (20. Juni 2024) hat der Historiker und Rabbiner Andreas Nachama kritisiert, dass der Zentralrat der Juden "das Obergremium für alle jüdischen Belange in Deutschland" sein wolle und damit vorwiegend konservative Positionen vertritt, die bei weitem nicht das Meinungsspektrum der deutschen Jüdinnen und Juden abdecken. Wir möchten bemerken, dass es bis zur von den Nationalsozialisten erzwungenen Reichsvereinigung der Juden 1939 in Deutschland nie eine umfassende jüdische Gesamtorganisation gegeben hat, sondern diese immer von Vielstimmigkeit geprägt war. **Wir schließen uns Rabbiner Nachama an und möchten neben dem Zentralrat der Juden weitere jüdische Stimmen zu Gehör bringen.**

Die neben dem Zentralrat vertretenen Organisationen (Werteinitiative, Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung, Jüdische Studierendenunion Deutschland) sowie die eingeladenen Experten (Samuel Salzborn, Stefan Müller) oder politischen Akteure (Felix Klein) vertreten **Perspektiven, die diese Pluralität jüdischer Gegenwart nicht in ihrer Breite vertreten, sondern für eine recht einhellige politische Position stehen.**

Insbesondere findet sich unter den Teilnehmenden beispielsweise niemand, die*der auch die kritischen jüdischen und israelischen Stimmen, etwa zum israelischen Militäreinsatz in Gaza, darstellt. **Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass derzeit eine Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof anhängig ist.** Die Verurteilung der Gewaltformen, derer sich die Hamas bedient - eine Gewalt, die viele von uns persönlich getroffen hat und die wir selbstredend scharf verurteilen -, darf keinesfalls einen Umgang mit Geschichte und Erinnerung und eine Interpretation der aktuellen Ereignisse verhindern, die den Standards der akademischen Forschung widersprechen. Eine solche Interpretation setzt für uns als Akademiker*innen voraus, dass wir alle Berichte und Untersuchungen berücksichtigen, die kürzlich von internationalen Instanzen (internationale Gerichtshöfe, UN, UNHCR, NGOs...) durchgeführt und veröffentlicht wurden oder noch in Bearbeitung sind. Auch und gerade weil uns diese Beobachtungen teils sehr schmerzen.

Gerade wenn wir Antisemitismus effektiv bekämpfen wollen, müssen wir sehr sorgfältig zwischen berechtigter Kritik am Vorgehen der Israelischen Regierung und antisemitischer Anfeindungen gegenüber Israel als Ganzes unterscheiden. Wenn wir dies nicht tun, leisten wir letztlich in der daraus folgenden Pauschalisierung erst recht dem Antisemitismus Vorschub.

Über die Ängste jüdischer Studierender muss geredet werden. Es darf nicht sein, dass sich Jüdinnen und Juden an deutschen Bildungseinrichtungen oder sonstwo aufgrund ihrer jüdischen Identität unsicher oder gar bedroht fühlen. **Wichtig ist uns aber gerade deshalb, auch hier auf die Vielfalt der Stimmen hinzuweisen - inklusive vermeintlich widersprüchlicher Positionen.** Auch in der jüdischen Studierendenschaft und bei den Akademiker*innen gibt es eine ganze Reihe verschiedener politischer Positionen, auch zur israelischen Politik oder zum Krieg in Gaza. Umso wichtiger ist es

deshalb, diese Positionen nicht gegeneinander auszuspielen und auch die Ängste derjenigen jüdischen Studierenden anzuerkennen, die an pro-palästinensischen Protestaktionen teilnehmen und vor repressiven Maßnahmen seitens ihrer Unis und der Polizei in ihrem Recht auf Versammlung geschützt werden müssen, genau wie alle anderen Teilnehmenden.

In den letzten Monaten haben wir als jüdische Lehrkräfte und Studierende Drohungen und Übergriffe erlebt, die keineswegs von den Studierenden ausgingen, die sich für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, sondern im Gegenteil von denen, die angeblich den Antisemitismus bekämpfen. Es kam sogar zu Situationen, in denen jüdische Lehrkräfte und Professor*innen von Polizei oder Sicherheitsdiensten beschützt werden mussten, um ihre Lehrtätigkeit auszuüben - ist das wirklich die Art und Weise, wie der Kampf gegen den Antisemitismus geführt werden soll?

Wir wünschen uns, dass diese Vielfalt der jüdischen Stimmen gehört wird und stehen auch selbst gerne für Gespräche zur Verfügung.

Prof. Michael Barenboim, Geiger und Professor an der Barenboim-Said Akademie

Dr. Jevgeniy Bluwstein, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern

Aurélia Kalisky, Centre Marc Bloch Berlin

Susan Neiman, Director, Einstein Forum

Dr. Jesse Olszynko-Gryn, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG), Berlin

Miriam Schickler, Kunsthochschule Kassel

Dr. Marc Siegel, Professor für Filmwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Mitglieder des Jüdischen Solidaritätskollektivs der Universität der Künste, Berlin